

NORDEUROPAforum  
 Zeitschrift für Politik,  
 Wirtschaft und Kultur  
 ISSN 1863639X  
 2/2001  
 11. Jahrgang (4. der N.F.)  
 Seiten 114-116

[zur Startseite](#)

## Detlef Jahn: Die Lernfähigkeit politischer Systeme. Zur Institutionalisierung ökologischer Standpunkte in Schweden und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: NOMOS 2000, 382 S.

Detlef Jahn geht in seinem hier vorzustellenden Buch der Frage nach, inwieweit die politischen Systeme Schwedens und der Bundesrepublik Deutschland umweltpolitisch lernfähig sind. Als Indikator für diese Lernfähigkeit gilt ihm das Ausmaß, in welchem sich „alternativ-ökologische Weltbilder“ in beiden Gesellschaften institutionalisiert haben. Diese Institutionalisierung wiederum wird operationalisiert in Form von vom Verfasser so genannten „Bedeutungspaketen“, die „[...] man sich auf einem Kontinuum von etablierten produktivistischen zu alternativ-ökologischen Weltanschauungen vergegenwärtigen“ könne (S. 64 f.). Untersucht werden diese „Pakete“ hinsichtlich ihrer Verankerung bei den umweltpolitisch relevanten kollektiven Akteuren. Mit anderen Worten: Jahn untersucht vergleichend, inwieweit sich die ökologisch motivierte Grundsatzkritik am ökonomischen Wachstumsparadigma bei den neuen Sozialen Bewegungen und Umweltverbänden, in der Programmatik der politischen Parteien und der Regierungen sowie der Gewerkschaften und der Arbeitgeber in beiden Ländern durchgesetzt hat.

Der ausschließliche Bezugspunkt von Jahns Analyse besteht in der Debatte um die Nutzung der Kernenergie in beiden Ländern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Autor eine komparative Analyse der in Schweden und Deutschland verfolgten Energiepolitiken vorgelegt hat. Seine Untersuchung soll vielmehr den „tiefer liegenden Argumentationsstrukturen um die Anwendung der Kernenergie als Beispiel für die Identifikation von Veränderungen in der programmatischen Einstellung von kollektiven Akteuren im Spannungsverhältnis von Natur und Gesellschaft“ gelten (S. 341).

Nun ist allgemein bekannt, dass Schweden – bedingt durch die geographische Lage und die industrielle Struktur – über ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohes Energieangebot verfügt und dass dieses Angebot trotz des „Ausstiegsreferendums“ im Jahre 1980 bis heute in erheblichem Maße durch die Kernenergie realisiert wird. Schon deshalb ist das Ergebnis der von Jahn vorgelegten Studie, anders als der Verfasser meint, wenig überraschend. Es besteht im Wesentlichen darin, „dass die im Vergleich zu Deutschland stärker expansive Energie- und Kernkraftpolitik Schwedens auf einer geringeren Institutionalisierung alternativ-ökologischer Weltbilder kollektiver Akteure beruht“ (S. 333 f.). Erklärt wird dies damit, dass die anfängliche Offenheit des schwedischen politischen Systems für ökologische Belange zur „Inkorporation“ und damit zur Entradikalisierung des Umweltdiskurses geführt habe. Demgegenüber hätten sich in Deutschland „alternativ-ökologische Weltbilder“ gesellschaftspolitisch zu einem beträchtlichen Grad institutionalisieren können. Anders als in Schweden, wo die Akzeptanz der Kernenergie zu Beginn der neunziger Jahre einen Höhepunkt erreicht habe, sei diese Technologie in Deutschland seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „stark diskreditiert, und es herrscht eine negative Einstellung vor“ (S. 335).

Die Frage wird erlaubt sein, ob man die Tatsache, dass sich Mitte der

neunziger Jahre nur 26 Prozent der deutschen Bevölkerung dafür aussprachen, die künftige Energieversorgung durch Kernkraftwerke zu sichern (Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1993–1997, S. 1032), ernsthaft über eine breite Verankerung „alternativ-ökologischer Weltbilder“ erklären kann. Immerhin unterstützten zum gleichen Zeitpunkt 35 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die künftige Nutzung der Kernenergie (ebenda, S. 1045).

Der Autor relativiert denn auch seine Erkenntnisse selbst, ohne sich dies allerdings explizit einzugestehen. So weist er etwa für die Bundesrepublik darauf hin, dass „alternativ-ökologische Weltbilder wenig Eindruck auf die Regierungspolitik machen konnten“ (S. 334), und er konzidiert – im Übrigen völlig zu Recht –, dass effizienter Umweltschutz auch unter „produktionistischen Prämissen“ betrieben werden könne, wofür Schweden ein besonders anschauliches Beispiel liefere (S. 340). Für die Erkenntnis, dass Schweden nach wie vor auf die Kernenergie setzt und gleichwohl eine im internationalen Vergleich noch immer als durchaus vorbildhaft gehandelte Umweltpolitik betreibt, oder jene, dass ökologische Weltbilder in beiden Ländern am deutlichsten von den grünen Parteien vertreten werden, lohnt die Lektüre des 382-seitigen Buches gewiss nicht.

Unabhängig davon, dass man die Relevanz der von Jahn verfolgten Fragestellung mit Fug bestreiten kann, stellt sein Buch geradezu ein Ärgernis dar. Im Vorwort (S. 23) wird der Leser darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei dem Werk um die Habilitationsschrift des Verfassers handle, die bereits im Jahr 1996 abgeschlossen worden sei. Für eine Aktualisierung des Manuskripts sei ihm auf Grund anderer Verpflichtungen „nur wenig Zeit“ geblieben. Entsprechend fällt das Resultat aus, was nur an einem Beispiel illustriert sei: Für die deutschen „GRÜNEN der Gegenwart“ wird in Anlehnung an eine Publikation Peter Pulzers aus dem Jahre 1989 (!) eine Tendenz zur „Totalkritik“ diagnostiziert. Zwei Jahre nach dem Regierungseintritt der Partei, dessen Konsequenzen für das künftige Schicksal von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – die seit 1993 gültige neue Bezeichnung wird von Jahn bezeichnenderweise souverän ignoriert – seither intensiv debattiert werden, mit einer solchen Aussage auf den Markt zu gehen, erscheint mehr als peinlich.

Die Leser dieser Zeitschrift dürften naturgemäß stärker an den Entwicklungen der schwedischen als der deutschen Umweltpolitik interessiert sein. Für instruktive Analysen derselben seien deshalb abschließend zwei Alternativen empfohlen. Die Lektüre von Lennart J. Lundqvists Beitrag „Sweden: From environmental restoration to ecological modernisation“ in: Kenneth Hanf/Alf-Inge Jansen (Hgg.): Governance and Environment in Western Europe, Essex (Longman) 1998, S. 230–252, lohnt noch immer, ebenso wie die von Annica Kronsells Aufsatz „Sweden: Setting a Good Example“ in: Mikael Skou Andersen/ Duncan Lieferink (Hgg.): European Environmental Policy. The Pioneers, Manchester (Manchester University Press) 1997, S. 40–80.

Heinrich Pehle

